

Kleine Anfrage

Kontrollmängel-Vorwürfe an die FMA betreffend Union Bank

Frage von Landtagsabgeordneter Johannes Kaiser

Antwort von Regierungschef Daniel Risch

Frage vom 31. August 2022

Im «Liechtensteiner Vaterland» vom Montag, 29. August 2022 wird über Oligarchen-Geschäfte bei der Union-Bank berichtet. Die Union-Bank ist in Liquidation, doch werfen etliche Geschäfte bis in die Gegenwart Fragen auf. In internationalen Medien sorgt dies für negative Schlagzeilen für den Finanzplatz Liechtenstein, so wird im besagten Pressebericht der «Spiegel» zitiert, wonach in Zusammenhang mit der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein von «eklatanten Missständen» gesprochen wird. Meine Fragen an die Regierung beziehungsweise an den Finanzminister:

- * Wusste die Regierung von diesen Ungereimtheiten und wenn ja, seit wann?
- * Wie entgegnet die Regierung diesen Darstellungen des «Spiegel»-Magazins, in welchem im Kontext mit der FMA von «eklatanten Missständen» die Rede ist?
- * Wie stellt sich die Regierung zu den Vorwürfen an die FMA?
- * Fordert die Regierung von der Finanzmarktaufsicht eine fundierte Stellungnahme zu diesen doch massiven Vorwürfen?
- * Wie wird der Landtag über dieses offensichtliche Gutachten sowie das weitere Geschehen informiert?

Antwort vom 02. September 2022

Zu Frage 1:

Bei den vermeintlichen Ungereimtheiten handelt es sich um die Darstellung und Interpretation zweier Journalisten in einem Artikel des Spiegels. Viele der Darstellungen entsprechen nicht den Tatsachen.

Der vertrauliche Deloitte-Bericht, auf den sich der Journalist abstützt, wurde von der FMA selbst in Auftrag gegeben, um mögliche Verstösse gegen die Geldwäschereigesetzgebung bei der Union Bank AG abzuklären. Aufgrund des Berichts hat die FMA umgehend aufsichtsrechtliche Massnahmen gegen die Union Bank AG durchgesetzt. Der Bericht beschäftigt sich damit nicht mit der Aufsichtswahrnehmung durch die FMA, sondern ausschliesslich mit den Ergebnissen der durch die FMA in Auftrag gegebenen ausserordentlichen Sorgfaltspflichtkontrolle. Die Regierung war über die Ungereimtheiten und die eingeleiteten aufsichtsrechtlichen Schritte bei der Union Bank AG in den Jahren 2019 informiert.

Zu Frage 2 und 3:

Im konkreten Fall, bei dem die wesentlichen Ereignisse bereits 3 Jahre zurückliegen, zeigt sich entgegen der Behauptung im Spiegel eben gerade sehr deutlich, dass die Aufsicht in Liechtenstein funktioniert und dass bei Missständen durchgegriffen wird. Dies bestätigen auch Peer-Review-Audits wie das jüngst abgeschlossenen Moneyval-Assessment, das von international anerkannten Geldwäscherei-Experten durchgeführt wurde und bei dem Liechtenstein als Finanzplatz und die FMA als Aufsichtsbehörde sehr gut abgeschnitten haben. Diese Haltung hat die Regierung auch bei aktuellen Medienanfragen eingenommen.

Zu Frage 4:

Die FMA hat am Dienstag eine Stellungnahme in Form einer Klarstellung auf ihrer Website veröffentlicht. Die Regierung steht zudem als Oberaufsicht über die FMA in regelmässigem Kontakt und wird über Aufsichtsfälle im Rahmen von Corporate Governance Gesprächen aber auch direkt im Anlassfall proaktiv informiert. Auch in Sachen Union Bank ist die Regierung regelmässig informiert worden. Liechtenstein verfügt über eine professionell arbeitende und wirksame Finanzmarktaufsicht. Das zeigt sich auch im vorliegenden Fall.

Zu Frage 5:

Bei Vorliegen von neuen Erkenntnissen würde der Landtag wieder informiert.